

Calmer Calwblatt

Nr. 245

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Reklamen 200 Mt. x Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Freitag, den 19. Oktober 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Zedgerlohn 110.000,00 Mt. wöchentl. Postbezugspreis 110.000,00 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 20.000,00 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Poincaré sabotiert offen die Verhandlungen.

Das Ergebnis der deutschen Vorstellung in Paris.

Berlin, 18. Okt. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse mit den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt. Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutscherseits vorgeschlagenen Verhandlungen, mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstands und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstands, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstands die Wiedererlangung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei und wie die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnten. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokale Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reichs und der Länder den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern im besetzten Gebiet erteilt haben. Ebenso hat er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben. Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen. Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzüge die Arbeit zwar zunächst wieder aufnehmen, sie aber schon nach wenigen Tagen infolge der mangelnden Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reichs eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550.000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsidienmittel dem Verhungern gegenüberstünden und daß dazu noch Millionen von Arbeitern und Angestellten anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzüge abhängig sei. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber. Im Anschluß hieran hat der Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, die Kohlensteuer aufzuheben. Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Alliierten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube auch, den vielfach von Poincaré geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze. Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebiets erteilten Weisungen gleichgültig seien und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustands vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstands bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringe, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Berlin, 18. Okt. Zu der ablehnenden Antwort, die Poincaré gestern dem deutschen Geschäftsträger in Paris erteilt hat, bemerkt die „Zeit“: Die Politik des französischen Ministerpräsidenten läuft darauf hinaus, die deutsche Regierung von allen Mitbestimmungsrechten an Rhein und Ruhr auszuschließen, ihr aber gleichzeitig alle Lasten finanzieller und materieller Natur aufzubürden, die aus der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit erwachsen. Diese Zumutung ist schon vollkommen politisch unmöglich, sie ist aber schon materiell ein reines Ding der Unmöglichkeit. Denn die deutsche Regierung ist unter keinen Umständen in der Lage, die finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen, die mit der Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet oder gar der Wiederaufnahme der Reparationslieferungen verbunden sind. Die französische Regierung trägt die Schuld daran, wenn die Produktion im Ruhrgebiet zum Stillstand kommt und die Massenbevölkerung dort ohne Lohn und Brot ist. Lassen die Entente-mächte den Dingen ihren Lauf, und lassen sie zu, daß Deutschlands bedeutendstes Wirtschaftsgebiet darunter unermesslichen Schaden erleidet, so wird der Augenblick nicht fern sein, in dem Deutschland überhaupt alle seine Entschädigungsleistungen einstellen muß.

Unannehmbare Richtlinien für die Wiedereinstellung der Eisenbahner.

Essen, 18. Okt. Von dem französischen Eisenbahnkommandanten in Wanne wurden folgende Richtlinien für die Wiedereinstellung der Eisenbahner ausgegeben, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch Geltung für das ganze besetzte Gebiet haben: Bei Übernahme der Bediensteten in den Regiebetrieb verpflichtet sich dieser, die Eisenbahner nach Frankreich zu bezahlen. Die Auszahlung erfolgt jedoch in Papiermark. Die Bezahlung soll nicht höher sein als diejenige im unbesetzten Gebiet. Den in die Regie eingestellten Eisenbahnern soll das Reich die Bezüge bis zum 27. Oktober weiterzahlen. Ausgewiesene, gegen deren Wiedereinstellung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, können nach Prüfung jedes Einzelfalles wieder eingestellt werden. Die Wiedereinstellung der Inhaftierten wird abhängig gemacht von der Stellungnahme der französischen Militärbehörden. Es wird jedenfalls von Fall zu Fall entschieden, ob inhaftiert Gewesene eingestellt werden oder nicht. Dem Personal soll seine deutschen Belange in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung gesichert werden. Für die Durchführung der Beamten- und Arbeiterpensionen soll das Reich einen noch festzusetzenden Grundstock an die Regie abführen. Höhere Beamte werden nicht wieder eingestellt. Sämtliche leitende Stellen sollen durch Franzosen besetzt werden. Dienstleiter werden nach vorheriger Prüfung wieder eingestellt. Es wird ein starker Personalabbau vorgenommen. Die Regie glaubt, mit der Hälfte des bisherigen Personals auskommen zu können. Der Umfang der Regiebahnen soll an verschiedenen Stellen eine Abänderung erfahren. Die bisher noch unbesetzten Bahnen werden in die Regie mit einbezogen. Die Regie verlangt volle Wiederherstellung des Eisenbahnnetzes und Ausstellung des Wagen- und Lokomotivparks nach dem Stande vom 10. Januar 1923. Die Kosten soll das Reich zahlen.

Einigung über die Wiederaufnahme der Arbeit der Postverwaltung in Düsseldorf.

Paris, 18. Okt. Havas berichtet aus Düsseldorf, die Verhandlungen, die über die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Düsseldorf geführt seien, hätten eine Einigung herbeigeführt. Die Wachtposten würden beibehalten. Die Gebäude der Oberpostdirektion blieben requiriert und würden auch fernerhin vom Telegraphendienst der Rheinarmy unterkunft gewöhren.

Neueste Nachrichten.

Der Konflikt im Innern spitzt sich zusehends zu. Als Gegenzug gegen den Auflösungsbesehl an die proletarischen Hundertschaften in Sachsen hat der sächsische Ministerpräsident im Landtag „Entschuldigungen“ über die Reichswehr gemacht, die mit „schwarzen Organisationen“ gefüllt werde. Die bürgerlichen Parteien bezeichneten diese Erklärungen als Landesverrat, wodurch ein ungeheurer Tumult entstand.

Der Reichswehrbefehlshaber in Bayern ist abgesetzt worden, weil er sich dem Staatskommissar gegenüber nicht durchzusetzen vermochte.

Von Berlin aus wird jetzt das Ergebnis des deutschen Schrittes in Paris bekannt gegeben. Danach hat Poincaré kategorisch jede Verhandlung mit der deutschen Regierung unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt. Die deutsche Regierung wird sich nun an die Reparationskommission wenden.

Verzögerung der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Franzosen.

Berlin, 18. Okt. Die von Havas verbreitete Nachricht, daß der Reichsverkehrsminister die Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet durch die Eisenbahner angeordnet habe, ist unwahr. Der Reichsverkehrsminister hat im Gegenteil unter dem 13. Oktober 1923 die bekannte allgemeine Aufforderung an die Eisenbahnbediensteten des besetzten Gebietes gerichtet, sich vom 17. Oktober ab der französisch-belgischen Regie zur Verfügung zu stellen. Düsseldorf, 18. Okt. In öffentlichen Ansprüchen suchen die Franzosen den Anschein zu erwecken, als ob sie die Wiederaufnahme der Arbeit nach Möglichkeit beschleunigten. In Wirklichkeit verzögern sie jede positive Maßregel. Auf eine Eingabe der Behörden und Wirtschaftskreise, worin gebeten wurde, die Truppen aus den Werkstätten zurückzuziehen, ließ der kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf mitteilen, daß diese Frage vorläufig zurückgestellt werden müsse.

Neue Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit den Franzosen.

Paris, 18. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Petite Parisien“ in Düsseldorf glaubt mitteilen zu können, daß bei der gestrigen Beratung der Industriellen Stinnes, Klotzner und Bögeler mit einigen Ingenieuren der französisch-belgischen Mission kein Abkommen erzielt wurde.

Der deutsche Reichskanzler zur Lage.

London, 18. Okt. Reichskanzler Dr. Stresemann erklärte dem Berliner Berichterstatter der „Daily News“, die deutsche Regierung strebe mit allen Mitteln darnach, der finanziellen und politischen Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden, wozu sie unbedingt eine Periode der Ruhe in der auswärtigen Politik brauche. Der Zusammenbruch der deutschen Einheit könne so wichtige Rückwirkungen auf England haben, daß er die Haltung Englands beeinflussen müsse. Die deutsche Regierung verfolge die Wirksamkeit des Völkerbundes mit großem Interesse. Der Völkerbund habe sich weder mit der Frage der Reparationen, noch mit der französisch-belgischen Ruhrbesetzung befaßt, ein Beweis, wie wenig Bedeutung er augenblicklich habe. Wo er eingegriffen habe, wie in der oberschlesischen Frage, könne Deutschland nicht zugeben, daß seine Entscheidung mit Recht und Gerechtigkeit übereinstimme. Der Reichskanzler bestätigte, daß Deutschland daran sei, eine neue Note an die Reparationskommission zu übersenden, lehnte es aber ab, ihren Inhalt zu erörtern.

Der deutsche Botschafter beim englischen Außenminister.

London, 18. Okt. Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter v. Stöcker im Foreign Office.

Deutschland.

Die Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und politischen Lage.

Berlin, 17. Okt. Heute fand im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrats die erste gemeinsame Tagung der Bundesausschüsse des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Fabrikbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt.

Zweck der Tagung war die Stellungnahme zu der bedrohlichen wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes. In einer der Beratungen unterbreiteten Entschlüsse, die u. a. erklärt, daß nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen den völligen Zusammenbruch verhindern können. Weiter wird ausgeführt, daß die Ordnung der Währung und der Finanzen, die nicht möglich sei ohne Zwangsopfer des Besitzes, sofort herbeigeführt werden müsse. Nur auf der Grundlage einer festen Währung könne auch die allgemein als notwendig erkannte Mehrleistung des Produktionsapparates erreicht werden. Ferner heißt es in der Entschlußfassung, die Gewerkschaften verlagten sich nicht der Mitwirkung an der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Eine notwendige Voraussetzung dafür sei aber eine rücksichtslose Zerschlagung der gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangswirtschaft und die Erzwingung eines erheblichen Preisabbaues und damit die Stärkung des Konsumkraft. Dem Versuch, den gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen, würden die Arbeitnehmer nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen in der Gewissheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Achtstundentages eine ausreichende Produktion möglich sei. Aber soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Ueberarbeit notwendig sei, seien die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen. Namens der hungernden Massen fordern die Gewerkschaften weiter sofortige Maßnahmen zur Behebung der Lebensmittelnot, u. a. die Erfassung der Ernte, schärfste Strafandrohung für die Zurückhaltung und den Wucher mit Lebensmitteln, sowie Heranzuführung ausreichender Mengen von Lebensmitteln zu angemessenen Preisen, endlich ein Kreditabkommen mit solidarischer Haftung der Industriellen und des gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes zur Ermöglichung der Eindeckung der Maschinen mit Wintervorräten. Die Entschlußfassung schließt mit einem Appell an die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin zu wahren, da der politische, wirtschaftliche und soziale Generalangriff gegen die Arbeitnehmerschaft nur abgewehrt werden könne durch deren geschlossene Front. Der von den Spitzenverbänden eingesezte Aktionsausschuß übernehme die Führung dieses Abwehrkampfes. — Die durch diese Entschlußfassung gekennzeichnete Stellung der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen Lage wurde durch Reserate ausführlich beleuchtet, an die sich eine sehr eingehende Aussprache angeschlossen. Im Laufe der Aussprache führte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns aus, daß die Reichsregierung den Ernst der Lage nicht verkenne und insbesondere dem Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Reichsregierung wolle auf Grund des Ermächtigungsgesetzes alles tun, um der Situation Herr zu werden. Sie beabsichtige nach allen Seiten ein gleichmäßiges Vorgehen und die Durchführung der beabsichtigten Gesetze im gleichen Schritt und Tritt. Sie denke nicht daran, auf der einen Seite bloß die Frage der Arbeitszeit neu zu regeln, andererseits aber die Preisconventionen der Kartelle ungehindert zu lassen.

Die bayrische Sozialdemokratie zur Lage.

München, 17. Okt. Eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei befaßte sich mit der politischen Lage und dem Ermächtigungsgesetz. Sie billigte das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über dieses Gesetz und stimmte einer Entschlußfassung zu, worin es heißt: Die Partei hält es für unerlässlich, der Autorität der Reichsregierung auch in Bayern unbedingt Geltung zu verschaffen, weil sonst der Bestand des Reiches in Frage gestellt ist.

Die Führer des D. S. V. und des Eisenbahnerverbandes beim württ. Staatspräsidenten.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Okt. Eine Abordnung des Landesverbandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bestehend aus dem Vorsitzenden des D. S. V., Behringer, und dem Abgeordneten G r o h vom württ. Eisenbahnerverband, sprach heute beim Staatspräsidenten Dr. von Hieber vor, um ihm wegen der Er-

greifung energischer Maßnahmen zur Abwendung der aus der Lage unmittelbar drohenden Gefahren bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, die sich auf die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, geordnete innerstaatliche Zustände und gesteigerte Arbeitsleistungen beziehen. Vorgeschlagen wurden u. a. die Beibehaltung der Brotkarten, sowie die Sicherstellung und Verbilligung von Kartoffeln, Fett, Fleisch, Milch. In Anbetracht des Umstandes, daß einerseits die Ernte reichlich war und dementsprechend nicht die Rede davon sein kann, daß keine Vorräte im Lande sind, andererseits aber den breiten Massen die Beschaffung des Nötigen unmöglich ist, weil die Landwirtschaft anders als gegen wertbeständige Zahlungsmittel kaum etwas hergibt, wurden von den Gewerkschaften Maßnahmen für die Sicherstellung der gesamten Ernte an Brotfrüchten und Kartoffeln, sowie des Viehbestandes zugunsten des Staates, ferner Organisation der Ablieferung durch den Staat unter Zuhilfenahme der Gemeinden verlangt. Weil man dem Verlangen der Landwirtschaft nach wenigstens teilweiser Bezahlung in wertbeständigen Mitteln auch Rechnung tragen muß, sollen wertbeständige Schuldverschreibungen des Landes als gesetzliche Zahlungsmittel eingeführt und für sie Deckung durch Beschlagnahme allen Vermögenszuwachses körperlicher und juristischer Personen gegenüber dem Stand von 1914 und durch staatliche hypothekarische Belastung des Immobilienbesitzes geschaffen werden. Die Preisbildung in Handel und Industrie ist grundsätzlich dem Veröffentlichungszwang zu unterstellen. Den Arbeitnehmern soll das Recht zur Einsichtnahme in die Unterlagen und zur Anrufung staatlicher Instanzen bei Verdacht ungeschäftlicher Preisnahme gegeben werden. Die Gewerkschaftsführer erklärten sich ihrerseits bereit, bei ihren Mitgliedern für gesteigerte Arbeitsleistungen einzutreten, soweit solche zur Steigerung der Produktion notwendig und gesundheitlich verantwortlich sind. Wo Vereinbarungen darüber zu treffen sind, sollen sie auf tariflichem Wege erfolgen. Betont wurde, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Substanz und dem Ertragnis der Betriebe angesichts des unumgänglichen Verzichts auf berechnete sozialpolitische Forderungen und der Notwendigkeit, die Arbeitnehmer in eine bessere innere Verbindung mit der Arbeit und der Gesamtwirtschaft zu bringen, dringend vorzuziehen sei. Vorschläge über die Art der Durchführung wurden vorgelegt. Schließlich soll die Mehrarbeit an den vorherigen Versuch der Ueberführung von Arbeitnehmern aus den Kurzarbeitgewerben gebunden sein. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, einen Teil der Ueberschüsse aus verlängerter Arbeitszeit, und zwar sowohl von Arbeitgebern wie von Arbeitnehmern, zur Finanzierung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu verwenden. Für die Geld- und Effektenverkehrsbedingungen der Banken wurde staatliche Genehmigungspflicht verlangt. — Der Staatspräsident nahm diese Vorschläge zur Kenntnis und brachte dem Bestreben der Gewerkschaften, Auswege aus der kaum mehr ertragbaren Bedrängnis zu suchen, weitgehendes Verständnis entgegen. Die Vorschläge werden im Staatsministerium sofort zur Aussprache gebracht. Auch soll versucht werden, die beteiligten Volkskreise zu einer gemeinsamen Erörterung möglichst bald, ehe der Damm gebrochen ist, zusammenzubringen.

Die Folgen der zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Berlin, 18. Okt. Nach der „B. Z.“ hat der Berliner Magistrat in der gestrigen Sitzung in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Not der Arbeitslosen 19 Milliarden Mark für Notstandsarbeiten bewilligt. — Im gleichen Blatt verlautet, daß fast die Hälfte der Bevölkerung von Frankfurt am Main Unterstützungen aus den Stadtkassen bezieht.

Heranziehung des Postpersonals in Bayern zur Bekämpfung der Wucherer und Schieber.

München, 18. Okt. Die Postverwaltung hat auf Anordnung des Generalstaatskommissars v. Rahr das Postpersonal angewiesen, sich an der Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums, Kettenhandels, Warenzurückhaltung,

Schlepphandels, verbotener Ausfuhr usw. durch dauernde Ueberwachung des Telephon- und Telegraphenverkehrs zu beteiligen.

Keine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Berlin, 18. Okt. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei über ein gemeinsames Vorgehen in politischen und gewerkschaftlichen Fragen, die in diesen Tagen in Berlin stattgefunden, haben, wie die Blätter melden, zu keinem Ergebnis geführt, da über die von den beiden Parteien aufgestellten Programme, die als Verhandlungsgrundlage dienen sollten, keine Einigung erzielt werden konnte.

Der Konflikt im Innern.

Bayern bricht die diplomatischen Beziehungen zu Sachsen ab.

München, 18. Okt. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe folgende amtliche Mitteilung: Auf eine Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers, Legationsrat von Dziembowski aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt waren, hat das Staatsministerium des Außern dem sächsischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten geantwortet, die bayerische Regierung sei, solange die kommunistische Partei, die erbitterteste Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser ihrer Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung, Dr. von Preger, abberufen.

Ein weiterer bayrischer Erlaß gegen die sozialdemokratischen Schutzverbände.

München, 17. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Durch die Verordnung des Generalstaatskommissariats vom 16. Oktober 1923 wird allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzverband oder ähnlichen Einrichtungen der Vereinigten sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten. Die Teilnahme an Uebungen, Veranstaltungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen ist untersagt, Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft, daneben kann auch auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden. — Der Erlaß richtet sich besonders dagegen, daß bayrische Sozialdemokraten sächsischen oder thüringischen Selbstschutzorganisationen angehören.

Abberufung des Reichswehrkommandanten in Bayern.

Berlin, 19. Okt. Wie die „Böf. Ztg.“ wissen will, hat die Reichsregierung beschlossen, den Kommandanten des bayerischen Reichswehrkreises, Generalleutnant v. Lessow, abzuberufen. Diese Maßregel sei nicht erfolgt, weil Lessow für unzuverlässig gelte. Der sozialdemokratische Reichsminister des Innern, Sollmann, habe vielmehr erst gestern bekräftigt, daß v. Lessow sich bisher loyal verhalten habe. Er habe es aber nicht vermocht, sich als Träger der Reichsgewalt neben dem bayerischen Diktator durchzusetzen. Wie das Blatt weiter schreibt, stand die Reichsregierung vor der Wahl, den militärischen Ausnahmezustand ganz aufzuheben, oder zu versuchen, ihn so, wie es ursprünglich gedacht war, im ganzen Reich zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung sei zugunsten der tatsächlichen Durchführung des Ausnahmezustandes gefallen. Dementsprechend habe auch der Reichspräsident den sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Müller erklärt, daß gegenwärtig eine Festigung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich sei.

45) **Steffani Drehja.**
Roman von Alexandra v. Bosse.
Nun kam Georg und brachte die Post: eine schüchterne Karte von Tante Cathel, die um Nachricht bat, eine Ansichtskarte aus Antwerpen von Ebbo, der also schon unterwegs war, und einen Brief von Ilse Schöneberg, die ihre baldige Rückkehr nach Dresden ankündigte. Sonst nichts. Peterchen betrachtete die Ansicht vom Antwerpener Hafen, Steffani nahm die Dresdener Nachrichten auf, und ihre Augen überflogen gleichgültig die Druckspalten. Da fiel ihr Blick auf eine kurze Notiz, und sie las stotternd: „Gestern früh fand in der Dresdener Seide zwischen dem Rittmeister a. D. von der Treben und dem Leutnant v. Ganten ein Pistolenduell statt, in dessen Verlauf der Rittmeister am rechten Oberarm schwer verletzt wurde. Wie wir erfahren, soll den Grund zu dieser blutigen Auseinandersetzung eine beleidigende Äußerung gegeben haben, die Leutnant von Ganten über eine Dame der Dresdener Gesellschaft mit Beziehung auf den Rittmeister sich zu machen erlaubte.“
Steffani starrte auf das Blatt und las die Zeilen wieder und immer wieder, als müßten die schwirrenden Buchstaben da sich zu einem Namen zusammenfinden — ihrem Namen! Sie sah regungslos, hörte Peterchens Geplauder nicht, beantwortete nicht seine Fragen. Ein quälendes Säusen brauste in ihren Ohren, und in der Stirn empfand sie dumpf stehenden Schmerz.
Sie merkte nicht, wie die Türe sich öffnete, Georg hereinkam und meldete: „Herr Oberleutnant v. Wagnitz!“
Er mußte die Meldung wiederholen. Nun schrak Steffani auf und erhob sich klopfenden Herzens. Sie hatte Georg nicht verstanden, und als dieser nun zur Seite trat und Franz Wagnitz ins Zimmer kam, erschrak Steffani beim Anblick ihres Bruders so sehr, daß alles Blut ihr aus dem Gesicht wich. Sie begriff

sofort, daß Franzens Erscheinen zu dieser Stunde besondere Bedeutung zukam.
Franz war ihr äußerlich am ähnlichsten von allen Geschwistern, groß, schlank, dunkel, aber seine schwarzen Augen blühten unter breiten starken Brauen hervor, das gab ihm Ähnlichkeit mit Tante Hermine. Um seinen schmalklippigen Mund, den ein dunkler Schnurrbart beschnitt, lag gewöhnlich ein selbstzufriedener und hochmütiger Zug. Wie sein Vater, dem er seit seinen Knabenjahren nachzuahmen gesucht, war er eine rechthaberische, kleinliche Natur, dazu geneigt, sich gegen andere zu überheben. Seine beißenden Bemerkungen waren gefürchtet, und er war bei seinen Kameraden wohl geachtet, aber nicht beliebt. Heute war sein von der Manöverjonne dunkel gebräuntes Gesicht geradezu steinern, und der böse Ausdruck seiner engstehenden Augen ließ nichts Gutes erwarten.
„Bitte, schide den Jungen hinaus!“ sagte er hart, ohne die Schwester zu begrüßen.
„Geh zum Fräulein, Peter,“ gebot Steffani; mit scheuem Blick den Dunkel streifend, trippelte der Kleine aus dem Zimmer.
Franz kam nun heran, aber er bot Steffani, die ihn regungslos erwartete, nicht die Hand. Sein Blick glitt an ihr vorbei auf das Sofa, wo das zerknitterte Zeitungsblatt noch lag. Er wies darauf.
„Wie ich sehe, hast du schon gelesen,“ sagte er langsam. Da sie nichts erwiderte, fuhr er ebenso fort: „Du dürftest ertalieren haben, wer die Dame der Dresdener Gesellschaft ist, der zu Ehren ein Zweikampf stattgefunden.“
Er betonte das Wort „Ehren“ scharf, zerquetschte es gleichsam zwischen den Zähnen. Steffani war seine Art, mit ihr zu reden, unerträglich. Sie errödete und verdrückte die Hände.
„Franz — was willst du damit sagen?“
„Daß ich mich schäme, eine Schwester zu haben, deren Name heute in aller Mund ist und in nicht mißdeutender Weise mit

dem eines Mannes zusammen genannt wird, der nicht ihr Gatte ist!“
Steffani zuckte zusammen wie unter einem Schlag, aber stolz richtete sie sich auf, und ihre Augen flammten den Bruder an. „Wer berechtigt dich, mir das zu sagen und in beleidigendem Ton mit mir zu sprechen?“ sagte sie kalt. Er lachte kurz auf.
„Willst du noch die Stolze spielen — nach dem ...?“
„Nach was?“
„Lächerlich! Als wenn es nötig wäre, dir noch deine Schande vorzurechnen!“ sagte er schroff.
Sie gitterte am ganzen Körper, aber sie hielt sich aufrecht. Ihre Augen blühten den Mann vor ihr, der ihr Bruder war, verächtlich an.
„Wie schnell ihr alle bereit seid, zu verdammen, und besonders dann, wenn es sich um diejenigen handelt, die euch am nächsten stehen,“ sagte sie bitter, und in schneidendem Ton fuhr sie fort: „Mein Vater, mein Bruder sollten mich doch besser kennen als jene Leute, in deren Mund heute, wie du sagst, mein Name ist und die ihn ungehört in den Schmutz ziehen dürfen, weil die, die ihn schützen sollten, dazu das Beispiel geben! Kamst du her, neue Beleidigungen den alten hinzuzufügen, Franz, dann geh, bitte wieder. Und gehe gleich!“
Ihre Hände hielten sich bei den letzten Worten, und sie trat mit fast drohender Gebärde einen Schritt auf den Bruder zu.
Er war überrascht, geriet für einen Augenblick aus der Fassung. Er hatte sicher geglaubt, sie würde vernichtet und verzweifelt zusammenbrechen; auf stolze Zurückweisung war er nicht vorbereitet. Er hätte kein Erbarmen gehabt mit der zeugigen Sünderin, doch Steffanis stolze Haltung nötigte ihm wider Willen Achtung ab. Er bemerkte in seiner Betroffenheit nicht, wie sie nur mühsam Haltung bewahrte. Und nun schlug er einen weniger richterlichen Ton an. „Ich komme aus dem Manöver hierher, Steffani, weil — weil ich in Sorge war,“ sagte er bei-

Berlin
Sachsen
sächsischen
präsident
ster erfol
weiterer
„Borwär
geordnet
schen Ko
Das Blo
Berf sin
das gan
Die Au
B
folge ist
des Gen
erfolgt.
Stillsch
werden,
nen An
geordnet
derschaf
die gleich
Waffen
sische Po
berstand
Di
Die Gen
Bren,
über die
Das Dol
rechterha
Vertrag
die Berl
Grenze a
die Vera
Bedeutun
D
Pari
nistrar
kische P
der tür
Pari
Am 16.
schule fe
Vorstel
Pari
plomati
Angeleg
merkjam
daß der
dienst de
leihen A
tuge Er
rung ge
De
Pari
vormitte
der Tsch
vormitte
gen hat.
nahe ver
Zeitung
der wohl
fani sich
nicht län
heran un
„Ich
mann, de
mit Gan
Abend v
versteht
hatte get
worden,
wußte ni
sich alles
Drehja n
ganz gen
wechsel,
Gesicht.
Diskretio
sogar die
Der C
wordene
gegen S
scharf: „
hieft, ei
rügen?“
„Sie
tung ein
werden t
den Man
„Dtol
„Du r

Ausgleichsbemühungen.

Berlin, 18. Okt. Wie die Blätter zu dem Konflikt in Sachsen hören, ist der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Falls General Müller vom sächsischen Ministerpräsidenten keine Antwort erhält, wird der General weitere Weisungen erhalten. — Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ sind heute mittag die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Wels wegen des sächsischen Konflikts beim Reichspräsidenten vorstellig geworden. Das Blatt knüpft daran die Bemerkung, daß Kräfte am Werk sind, das Unheil zu beschwören, das über Sachsen und das ganze Reich heraufzusteigen droht.

Die Auflösung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen wird durchgeführt.

Berlin, 19. Okt. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge ist die Antwort des Reichswehrministers auf die Bitte des Generals Müller, um weitere Anweisungen umgehend erfolgt. Wenn auch über den Wortlaut der Instruktion Stillschweigen bewahrt werde, so dürfte doch soviel gesagt werden, daß es bei den von der Reichsregierung ergangenen Anweisungen bleibe. Der Reichswehrminister soll angeordnet haben, daß die Auflösung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen sofort durchzuführen sei. Die Aktion, die gleichzeitig mit einer Beschlagnahme etwa vorhandener Waffen Hand in Hand gehen müsse, solle durch die sächsische Polizei durchgeführt werden. Erst wenn hierbei Widerstand geleistet werde, sei Reichswehr einzusetzen.

Zur auswärtigen Lage.

Die französisch-schweizerische Zonenfrage.

Die Genfer Handelskammer gegen die französische Gewaltpolitik. Gen, 18. Okt. Die Denkschrift der Genfer Handelskammer über die Zonenfrage ist nunmehr dem Bundesrat zugegangen. Das Dokument kommt zu dem Schluß, es sei die absolute Aufrechterhaltung der kleinen Freizonen gemäß dem bestehenden Vertrag zu verlangen. Der Bericht spricht sich entschieden gegen die Verlegung der französischen Zollgrenze an die politische Grenze aus, deren Folgen die Abschneidung der Stadt Genf und die Verarmung der savoyardischen Bevölkerung wäre. Die große Bedeutung der freien Zonen könne nicht angezweifelt werden.

Die Wiederaufbautätigkeit der Türkei.

Paris, 18. Okt. Havas berichtet aus Ankara: Der Minister hat den Plan gebilligt, eineinhalb Millionen türkische Pfund für die Organisation und die Entwicklung der türkischen Handelsmarine auszugeben.

Paris, 18. Okt. Havas berichtet aus Konstantinopel: Am 16. Oktober ist in Konstantinopel die höhere Militärschule feierlich eröffnet worden.

Vorstellungen der Mächte bei der chinesischen Regierung.

Paris, 17. Okt. Havas berichtet aus Peking: Das diplomatische Korps habe dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Memorandum überreicht, um die Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung darauf zu richten, daß der Mehrertrag der Zolleinnahmen für den Zinsendienst der inneren Anleihen zum Schaden der äußeren Anleihen Verwendung gefunden habe. Es werde eine sofortige Erklärung über die Absichten der chinesischen Regierung gefordert.

Der tschechische Bündnisbesuch in Paris.

Paris, 18. Okt. Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag eine lange Unterredung mit dem Präsidenten der Tschechoslowakei, Masaryk, gehabt, der seinerseits heute vormittag den Vorstand der „Patriotischen Liga“ empfangen hat. Der offizielle Besuch des Präsidenten ist beendet.

Er hält sich von jetzt ab bis zu seiner Reise nach Brüssel inognito in Paris auf.

Aufstand auf den Philippinen?

Manila, 18. Okt. Am Sonntag griffen Eingeborene auf der Insel Mindanao eine Sonntagschule an und töteten 3 Lehrer, einen Leutnant, einen Sergeanten und 8 Gendarmen. Zur Herstellung der Ordnung wurden amerikanische Truppen angefordert.

Vermischtes.

Bevorstehende Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 17. Okt. Nach einer Blättermeldung wird von zuständiger Seite versichert, daß die Zusammenkunft des Reichskanzlers Stresemann mit Dr. Seipel sobald wie möglich nach den österreichischen Wahlen, also 21. Oktober, erfolgen wird.

Sammlung für die Minderbemittelten in Berlin.

Berlin, 17. Okt. An der Berliner Börse hat sich laut „Vossischer Zeitung“ ein Ausschuß gebildet für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln. Eine Sammlung hat bisher 150 Millionen Mark erbracht. Außerdem hat sich die Produktendörse durch Zeichnung von Lebensmitteln, wie z. B. Erbsen, Mehl, Graupen usw. beteiligt.

Bankkrach.

Berlin, 17. Okt. Wie die Abendblätter melden, handelt es sich bei der Insolvenz einer Berliner Bankfirma, für die an der heutigen Börse umfangreiche Deckungen vorgenommen wurden, um das noch jüngere Bankhaus Kochmann, Zeidler u. Co. Die Gläubigerstellungen, die für Rechnung der insolventen Firma an der heutigen Börse vorgenommen wurden, sollen mehr als 1000 Millionen betragen.

Das Urteil gegen die Attentäter auf Kommerzienrat Fränkel.

München, 17. Okt. Wegen versuchten Ueberfalls auf den stellvertretenden Vorsitzenden der Münchner Handelskammer, Kommerzienrat Fränkel durch die Nationalsozialisten im Juni ds. Js. verurteilte das Amtsgericht fünf Beteiligte zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis zu einem Monat. — Kommerzienrat Fränkel war von den Attentätern blutig geschlagen worden, sodas er bewußtlos liegen blieb.

Amerikanischer Schwindel.

London, 17. Okt. Die „Times“ berichtet aus Washington, daß Senator Smoot, ein Mitglied der amerikanischen Schuldenfundingkommission, der vor kurzem aus Europa zurückgekehrt ist, dem Präsidenten Coolidge den Vorschlag gemacht hat, daß die Vereinigten Staaten im Verein mit Großbritannien und den Ländern, die sich anschließen wollen, eine Kommission ernennen soll, die Deutschland besucht und über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands Bericht erstattet. Smoots Plan weiche von dem des Staatssekretärs Hughes darin ab, daß er die Ernennung der Kommission durch die Regierung vorsehen will. Smoots habe erklärt, Frankreich müsse natürlich zur Teilnahme eingeladen werden, selbst wenn es ablehnen würde, den Bericht einer derartigen Kommission anzuerkennen. Frankreich würde es, selbst wenn es nicht verpflichtet sein würde, sich den Ergebnissen zu fügen, schwierig finden, gegen die öffentliche Meinung der Welt anzugehen. Das Mitglied des Repräsentantenhauses und der Schuldenfundingkommission, Burton, das mit dem Senator Smoots zusammen beim Präsidenten Coolidge vortrat, unterstützte anscheinend den Plan Smoots nicht, sondern trat dafür ein, daß sich die Vereinigten Staaten in Bereitschaft halten sollten, um als Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland aufzutreten, wenn ein diesbezügliches Ersuchen gestellt werde. Dem „Times“-Berichterstatter zufolge ist sowohl Smoots, als auch Burton in ihrer Unterredung mit Coolidge ein düsteres Bild von der europäischen Lage. Smoots erklärte, es müsse bald zu einer Regelung kommen, sonst werde Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen. Deutschland könne niemals 132 Milliarden Goldmark zahlen. Seiner Ansicht nach seien jedoch 60 oder 70 Milliarden eine mögliche Summe, die Deutschland gestatten werde, wieder an die Arbeit zu gehen. Der „Times“-Berichterstatter hebt hervor, daß, soweit das Weiße Haus in Betracht komme, die Regel strenger Vermeidung derartiger Fragen weiterhin aufrechterhalten werde. Anscheinend wurde nur ein Ergebnis von beispielloser Größe den Präsidenten Coolidge aus seiner Zurückhaltung bringen. — Die amerikanische Regierung wartet solange, bis Deutschland zugrunde gerichtet ist.

Er hält sich von jetzt ab bis zu seiner Reise nach Brüssel inognito in Paris auf.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Oktober 1923.

Große Anfrage der Bürgerpartei.

(SCB) Stuttgart, 18. Okt. Die Abgeordneten Bazille und Genossen haben heute an die württembergische Regierung nachstehende große Anfrage gerichtet: „Am ihre militärischen Übungen in Württemberg ungehindert durchführen zu können, haben die Kommunisten in letzter Zeit Posten ausgestellt, die Spaziergänger am Weitergehen verhindern und selbst auf sie zu schießen drohen. — Was gedenkt das Staatsministerium gegen das Einreißen dieser Anarchie zu tun?“

Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck über Süddeutschland nimmt zu und hat die Störungen vollends beseitigt. — Am Samstag und Sonntag ist nach kalter Nacht trockenes und tagsüber mildes Wetter zu erwarten.

(SCB) Stuttgart, 18. Okt. Die Artisten in den Stuttgarter Kabarets sind wegen Lohnfreiheit in den Streik getreten. Sie haben den Schlichtungsausschuß angerufen.

(SCB) Zaberfeld, O. A. Bradenheim, 18. Okt. (Großfeuer.) Am hellen Mittag brach in dem gemeinsamen Schuppen des Wilsch, Schott und Keuerleber Feuer aus, das auf die angrenzende Scheuer des Wilsch, Böhringer, die vollständig gefüllt war, übergriff. Die drei Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Die Gefahr war sehr groß, da alle Gebäude dort eng zusammengebaut sind. In der Scheuer lagerten Heu und Stroh und etwa 300 Garben Gerste, die sämtlich verbrannten. Die Feuerwehren von Mittelbach, Weiler und Lechbronn waren auf dem Brandplatz erschienen. Es gelang nach zweistündigem Kampf, des Feuers Herr zu werden. Der Materialschaden ist sehr groß. Die Brandursache ist wahrscheinlich auf Rinder zurückzuführen.

(SCB) Kottweil, 17. Okt. Die Nacht zum Dienstag brachte starken Reif und Eis. Das Thermometer sank bedeutend unter Null. Was an den empfindlicheren Gartengewächsen noch nicht eingeeignet war, ist erfroren.

(SCB) Spaichingen, 18. Okt. Auf das Ausschreiben der Stadtschultheißenstelle sind drei Bewerbungen eingelaufen: 1. von Dr. der Staatswissenschaft Reinhard Winker, z. Zt. Lehrer am Zepf'schen Institut in Stuttgart, 2. Ratschreiber Knapp hier, 3. Stadtschultheiß Graf (geb. von Kottweil) in Gundelsheim. Die Kandidaten werden sich am 28. Oktober der Bürgerschaft vorstellen und ihr Programm entwickeln. Die Wahl findet am Sonntag, 4. November, statt.

(SCB) Deutlich, 18. Okt. Eine Bauersfrau von Seibranz verlor die Handtasche, in der sich nahezu 47 Millionen befanden. Ein Krankenkassenbeamter machte den Fund und gab schon nach einer Stunde der Bäuerin die Millionenardtasche wieder zurück, die ihm einen in Lebensmitteln gehaltenen guten Finderlohn zusicherte.

nahe verlegen. „Ich erfuhr die Geschichte, ehe sie noch in der Zeitung stand.“ Er zog langsam die Handschuhe aus, strich mit der wohlgepflegten Hand über seinen Schnurrbart, und als Steffani sich nun auf das Sofa niederließ, weil sie fühlte, daß sie nicht länger sich aufrecht halten konnte, rückte er einen Stuhl heran und setzte sich ihr gegenüber.

„Ich bin über alles unterrichtet,“ sagte er. „Ich traf Möhlmann, der von Dresden kam und dabei gewesen war, als Treben mit Ganten aneinander geriet. Gantens Regiment war den Abend vorher eingerückt, und der kleine Tollen, der nach Baugen versetzt ist, wurde abgefiebert. Treben war Gast im Kasino. Man hatte getrunken, und die Stimmung war etwas ungezügelt geworden, wie das ja oft nach einem Liebesmahl ist. Möhlmann mußte nicht mehr, wer zuerst deinen Namen nannte; es wickelte sich alles so schnell ab. Ganten rief laut: „Nach der Gräfin Drehsa müssen Sie Herren v. der Treben fragen, der kann Ihnen ganz genaue Auskunft geben!“ oder so ähnlich. Ein kurzer Wortwechsel, und plötzlich schlug Treben dem jungen Menschen ins Gesicht. Ein Duell war unvermeidlich, nicht einmal möglich, Disziplin über den Anlaß zu wahren ... zu viele anwesend ... sogar die Ordnonnungen wurden Zeugen des Vorfalles.“

Der Gedanke an das Gerübe, das der öffentlich bekannt gewordene Zweikampf nach sich ziehen würde, brachte ihn wieder gegen Steffani auf. Er sah sie mit bösem Blick an und sagte scharf: „Kannst du erklären, warum Ottokar sich für berechtigt hielt, eine gegen dich gerichtete beleidigende Aeußerung zu tätigen?“

„Sie traf auch ihn,“ erwiderte sie ruhig, „wenn die Aeußerung eines Betrunkenen überhaupt als Beleidigung aufgefaßt werden kann. Einem Betrunkenen, der lose Reden führt, auf den Mund zu schlagen, ist jeder berechtigt.“

„Ottokar durfte es in diesem Falle nicht!“

„Du meinst, weil das dann unvermeidliche Duell mich bloß-

stellte? Es war doch nur unvermeidlich nach euren Ehrbegriessen. Der Schlag war verdient und bedurfte nicht blutiger Sühne. Lächerlich, daß dafür zwei Menschen ihr Leben aufs Spiel setzten und nun auch noch ich dafür verantwortlich gemacht werden soll.“

„Du bist schuld an dem ganzen elckhaften Klatsch, der diese unerquidliche Geschichte heraufbeschworen! Man verurteilt deine — Unvorsichtigkeiten allgemein, und viele sind überzeugt, daß zwischen dir und Ottokar unerlaubte Beziehungen bestanden haben. — Ich glaube es nicht, aber einen Gegenbeweis zu erbringen, sollte dir, nach allem was geschehen ist, schwer fallen!“ Franz erhob sich und trat hinter seinen Stuhl, beobachtete dabei scharf Steffani, die mit gesenktem Kopf sah und ungeduldig die Ringe an ihrer Hand hin und her schob. „Jedenfalls kannst du auf Sturm gefaßt sein, sobald der Vater davon hören wird. Er wird außer sich sein, und nur damit er in seiner ersten Erregung nicht zu weit geht, möchte ich von hier direkt zu ihm fahren, um seinen Zorn zu dämpfen zu suchen. Du kannst mir doch deinen Wagen zur Verfügung stellen — ja? — Danke.“

Steffani erhob sich, klingelte und bestellte den Wagen. Dann überraschte sie Franz mit der Frage, ob Ottokar Treben schwer verletzt sei. Mißbilligend rünzelte er die Brauen: „Kann dich das unter diesen Umständen noch kümmern?“

„Ja — schon vom rein menschlichen Standpunkt aus.“

„Ah — gut. Also — Verletzung schwer, aber nicht lebensgefährlich; Ellenbogen zerquetscht. Beruhigt dich das?“

„Danke.“

Sie schwiegen darauf beide, bis der Wagen gemeldet wurde, dann verabschiedete Franz sich förmlich und falt, doch plötzlich erschien ihm seine Haltung selbst zu unbrüderlich, als er in ihr blaßes, vergrüntes und doch so schönes, stolzes Gesicht sah. Er ergriff ihre Hand und küßte sie, sagte in freundlichem Ton: „Ich will mein möglichstes tun, auf den Vater beruhigend zu wirken.“

Steffani begleitete ihn hinaus, wie sie es auch sonst immer

tat. Oben unter der Tür blieb sie stehen, sah zu, wie er einstieg, und blickte dann dem Wagen nach. So verharrte sie noch, als längst das Rollen der Räder verklungen war. Wie geistesabwesend stand sie an eine der Sandsteinpfeiler gelehnt und starrte geradeaus. Ihr war zumute, als wiche der Boden unter ihr und ringsum sei gähnende Leere, in die sie stürzen mußte, wenn sie nur einen Schritt wagte.

Eine halbe Stunde später fand Georg seine junge Herrin, als er sie suchte, ihr zu melden, daß das Mittagessen angerichtet sei, bewußtlos auf den Marmorsitzen ausgestreckt.

Wie in Dohnd, so trafen auch in Wagnitz die Morgenzeitungen erst gegen Mittag ein. Herr v. Wagnitz pflegte zuerst die landwirtschaftlichen Fachblätter durchzusehen und hob sich die Politik und die Neuigkeiten für den Abend auf. So wußte man in der Familie noch von nichts, als Franz ankam. Tante Hermine Verken war wieder einmal Gast in Wagnitz und sah zur Rechten des Hausherrn. Die Ueberraschung war groß, als Franz hereinkam, denn sein Regiment stand ja noch im Manöver. Der düstere Ernst seiner Züge dämpfte die Freude der Mutter, die ihren Aeltesten heimlich anbetete.

„Es ist doch nichts geschehen, Franz?“ fragte sie ängstlich, denn seit Ebbos unglücklicher Verlobung und dem Zerwürfnis mit Steffani zitterte sie vor neuem Unheil.

Statt aller Antwort zog Franz ein Zeitungsblatt aus der Tasche und legte es vor seinen Vater hin.

Herr v. Wagnitz klemmte seinen Aneifer auf die Nase und begann zu lesen; sein starker Nacken färbte sich allmählich rot, an seiner Stirn schollen die Adern bedrohlich an. Seine Frau beobachtete ihn mit steigender Angst. Hermine Verken versuchte mitzulesen, und es gelang ihr, einige Worte aus der Notiz zu erblicken: Duell — Treben — Dame der Dresdner Gesellschaft, und sogleich wußte sie alles.

„Ein neuer Skandal!“ rief sie aus. (Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	
1 Dollar	8 180 400 000 M.
1 Goldmark	1 947 714 286 M.
1 holländ. Gulden	3 216 020 000 M.
1 Schweizer Franken	1 471 670 000 M.
1 Franz. Franken	493 230 000 M.

Das Goldzollaufgeld.

Berlin, 18. Okt. Das Goldzollaufgeld für die Zeit vom 9.—23. Oktober 1923 einschließlich beträgt 993 599 900 vom Hundert. (1 Goldzollmark = 936 Millionen Papiermark.)

Die Reichsindezziffer für Lebenshaltungskosten.

Berlin, 17. Okt. Die Reichsindezziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 15. Oktober auf das 691,9-Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1-Millionenfache) beträgt demnach 534,2 Prozent.

Landesproduktenbörse.

(SCB.) Stuttgart, 18. Okt. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt ist wesentlich fester geworden. Angebot und Nachfrage bleiben schwach. Die Preise erfuhren größere Steigerung. Es notierten je 100 Kilo ab württ. Stationen in Milliarden von Mark: Weizen 22—24 (am 15. Oktober 12—15), Sommergerste 18—20 (10—12), Roggen 20—22 (10—13), Hafer 15—17 (8—10), Weizenmehl Nr. 0 46—50 (30—31), Brotmehl 42—45 (27—29), Mele 7—8 (4—5).

Vom Stuttgarter Wochenmarkt.

(SCB.) Stuttgart, 18. Okt. Äpfel kosteten bis zu 150, Schüttelware noch 60—80, Birnen ebensoviel, Zwetschgen 70—80, Trauben 150—180, Quitten 70—90, Tomaten 70 bis 80, grüne 40, Kraut 35—40, Rotkraut 60—70, Röhrl 55 bis 60, gelbe Rüben 35—50, rote Rüben 40, Spinat 70—80, Mangold 50—55 Winterkohl 30—40, Zwiebeln 50 Millionen das Pfund, Salatgurken je nach Größe 15—80, Kopfsalat 6—20, Endivien 10—30, Kohlräbke 8—20, Rettiche 5—15, Blumenkohl mittlere Größe 30—80, beste Ware bis zu 150, Rosenkohl 28—40 Millionen das Stück. Butter war beim Marktbeginn nicht zu haben. Schweineschmalz kostete 1200—1400, Margarine 850—1150, Schmelzmargarine 1000—1200, Kotosfett 850—1150, Palmin 1000—1200, Rindsfett 800, Speisefett 800—900 Millionen das Pfund; Schweizerkäse 750 Millionen das Pfund, Tilsiter 140, Edamer 200, Rahmkäse 120, Backteinkäse 90 die 100 Gramm, Kräuterkäse 250 das Laidle, 60—90 der Stöpsel, Camembert 100 das Eckchen, Schellfische und Cabeljau 260, Seezachs 220, Goldbarsch 200, Merlans 180, grüne Heringe 180, Flusssische 260, geräucherter Büdlinge 400—420, Mehl 200, Gries 280, Teigwaren 450—750, Haferstoden 200, Reis 350—390, Erbsen 380, Bohnen 380, Linsen 420, Kunsthonig 350, Milchpulver 600—1200 Millionen das Pfund, Dosen-

milch 750—1400 Millionen, Kartoffeln, die gestern zu 25 Millionen das Pfund verkauft wurden, waren heute früh nicht zugeführt. Eier fehlten ebenfalls.

Märkte.

(SCB.) Weilderstadt, 18. Okt. (Schweinemarkt.) Die Zufuhr war nur gering. Bezahlt wurde für erste Sorte gut genährte Schweine 25—28 Milliarden, 2. Sorte 20—22 Milliarden das Paar. Die Käufer waren infolge der hohen Forderung sehr zurückhaltend; es wurde wenig verkauft.

(SCB.) Stuttgart, 18. Okt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 40 Ochsen, 23 Bullen, 103 Jungbullen, 82 Jungrinder, 122 Kühe, 223 Kälber, 67 Schweine, 78 Schafe, 1 Ziege. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Millionen Mark: Ochsen I. 420—450 (letzter Markt: 200—220), II. 340—400 (180—190), Bullen I. 420—440 (190—210), II. 360—400 (175—185), Jungrinder I. 425—450 (200—220), II. 380—400 (180—199), III. 340—370 (150—170); Kühe I. 365—390 (160—190), II. 330—360 (140 bis 155), III. 290—320 (100—120); Kälber I. 480 (240—260), II. 400 bis 420 (230—240); Schweine I. 900—950 (650—700), II. 850 bis 880 (600—640), III. 800—850 (550). Verkauf: sehr lebhaft bei schwacher Zufuhr.

Eingefandt.

Erwiderung.

Die „Schwäbische Tagwacht“ enthält in ihrer Nummer 232 vom 4. Oktober einen Artikel, in welchem die Unparteilichkeit des Oberamts Calw in Frage gestellt wird.

Hierauf ist folgendes zu erwidern:

1. Richtig ist, daß das Oberamt am 1. Oktober 1923 eine öffentliche politische Versammlung, welche am 3. Oktober 1923 in Calw veranstaltet werden wollte, nicht zugelassen hat. Eine Beschwerde gegen dieses oberamtliche Verbot ist nicht eingelegt worden, vermutlich weil die Veranstalter der Versammlung höheren Orts auf einen günstigeren Bescheid nicht zu hoffen wagten.

Der Artikelschreiber weist nun darauf hin, daß am 29. September 1923 eine öffentliche Versammlung des Bauernbunds in Calw stattgefunden habe, die vom Oberamt zugelassen worden sei und knüpft hieran die ausfällige Bemerkung, daß vom Oberamt in ungeheurer Weise mit zweierlei Maß gemessen werde.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Verfügung des Ministeriums des Innern über die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen während der Dauer des Ausnahmezustandes, durch welche das Oberamt ermächtigt wurde, öffentliche Versammlungen zu verbieten, dem Oberamt erst am 30. September 1923 zugegangen ist. Das Oberamt war daher am 29. Sept. 1923 gefählig gar nicht in der Lage, sich mit der Frage des Verbots einer öffentlichen Versammlung am 29. September 1923 zu befassen, und es bedurfte die Versammlung des Bauernbunds dementsprechend auch keiner Erlaubnis des Oberamts.

2. Der Artikelschreiber behauptet weiter, die Bauernbundsversammlung vom 29. September 1923 habe im Beisein des unterzeichneten Oberamtmanns stattgefunden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der unterzeichnete Oberamtmann in der fraglichen Versammlung nicht anwesend war. Die gegenteilige Aufstellung in der „Schwäb. Tagwacht“ ist ein glatter Schwindel.

3. Der Artikelschreiber spricht endlich geheimnisvoll von militärischen Felddienstabungen auf Markung Calw und Stammheim, welche von den Nationalsozialisten abgehalten worden seien und welche das Oberamt trotz des Ausnahmezustandes zugelassen habe, bezw. gegen welche das Oberamt auch nachträglich nicht eingeschritten sei.

Dem Oberamt ist jedoch von militärischen Felddienstabungen der Nationalsozialisten im Bezirk Calw lediglich nichts bekannt. Wenn sich der Artikelschreiber durch solche bedroht fühlt, kann er die Behörde anrufen, die dann untersuchen wird, was es mit diesen angeblichen militärischen Felddienstabungen für eine Bewandnis hat.

In der „Schwäb. Tagwacht“ Nr. 237 wird sodann in einem weiteren Artikel erzählt, daß zur Umgehung des oberamtlichen Verbots eine andere Versammlung stattgefunden habe. Das war recht unklug ausgeplaudert; denn wenn die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig würde, wäre der Artikler in der „Schwäb. Tagwacht“ wohl der beste Zeuge, und seine Freunde könnten sich bei ihm bedanken, wenn sie in Strafe genommen werden.

Das Oberamt zieht es vor, seine Erwiderung im „Calwer Tagblatt“ erscheinen zu lassen, um die Calwer Bevölkerung über die leichtfertige Art zu unterrichten, mit der ein anonymen Artikelschreiber in der „Schwäb. Tagwacht“ eine Behörde angreift. Es bedauert im übrigen die „Schwäb. Tagwacht“, daß sie von einem ihrer Parteigenossen in so wenig zuverlässiger Weise bedient worden ist.

Oberamtmann G. S.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst

am 21. Sonntag nach Dreiein. (Kirchweihfest), 21. Okt. B. T. 89.

10 Uhr: Hauptpredigt, Dekan Zeller. Eingangslied Nr. 4 „Gott ist gegenwärtig.“ 11 Uhr: Sonntagsschule. 1 Uhr: Christenlehre (Söhne jüngere Abt.), 5 Uhr: Abendgottesdienst, Stadtpf. Lang.

Donnerstag, 25. Okt., 8 Uhr: Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst

Sonntag, 21. Okt. 8 Uhr: Frühmesse, 10 Uhr: Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr: Betstunde.

Montag, 27. Okt. abends: Betstunde.

Dienstag, 27. Okt. bis 28. Okt.: Betstunde.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 21. Okt. 10 Uhr: Predigt, Flöher. 11 Uhr: Sonntagsschule, 8 Uhr: Predigt, Biecher.

Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde.

Stammheim. 10 Uhr: Predigt, Hof. 12 Uhr: Predigt, Flöher.

Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde, Flöher.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Weltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Goldumrechnungskurs für

Reichssteuern

für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923
936 000 000 Papiermark.
Den 18. Oktober 1923.

Finanzamt Hirsau
i. B. Eifelse. St.-J.

Calw, 19. Oktober 1923.

In seinem Geburtsort Neu-Ulm verschied am letzten Mittwoch nach längerem Leiden unser

Maschinenfeger

Hans Schuler.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen Mitarbeiter von vorbildlichem Fleiß und ausgeprägtem Pflichtbewußtsein.

Wir werden dem Entschlafenen ein treues Gedenken bewahren.

A. Delschläger'sche
Buchdruckerei.

Zu verkaufen:

1 Bettlade, 1 Bettrost,
1 elektrische Juglampe,
1 Gasherd bereits neu,
3 Paar Herrenschürzen
schöne Nr. 42 und 43,
2 Lobenjuppen sowie
Verschiedenes.

Bischoffstraße 498.

Stenographie-Unterricht
(Stolze-Schrey) erteilt
Arthur Vogt, Calw.

15 Zentner

Weißkraut

tauscht gegen Obst
oder Anderes
Neue Handlungsschule.

Süddeutsche Fischhandels-Gesellschaft m. b. H. Stuttgart

Niederlage in Calw

Fritz Freudenberger, Lebensmittel Bahnhofstraße Fernsprecher 53



WHITE STAR LINE AMERICAN LINE

Regelmäss. Passagier-Dampfer-Verkehr
HAMBURG—NEW-YORK
BREMEN—NEW-YORK
mittels modern eingerichteter Doppelschrauben- und
Dreischrauben-Dampfer

Manchuria * Mongolia
Finland * Kroonland * Minnekahda
Pittsburgh * Canopic

Wöchentliche Abfahrten — Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse
Vorzügliche Verpflegung. Nähere Auskunft und Platzbelegung durch die Vertretung

In Calw: K. Otto Vinçon, Kaufmann, Fernsprecher 171.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen

Willy Sattler, Pforzheim,
Seltersstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

Eckbank

Eine schöne, holzerne
ist billig zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Brennholz (Tannen- Scheller)

tauscht gegen Lebensmittel.
Angebote an die Gesch. ds. Bl.

Zur Haarpflege empfehlen edltes Birnenhaarwasser

Karl Otto Vinçon.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, dir.
an Private. Katal. 46 S frei.
Eisenmöbellabrik Suhl Thür.

Hier!

In den Spalten
der kleinen An-
zeigen findet
die praktische
Hausfrau gute
Gelegenheit
überflüssig.
Hausgerät
zu ver-
kaufen!

Die Reichs-
nach Sa-
die sich
gen“ bei
gehern)
nitterprä-
den in
sehr sch-
demokra-
rechte F-
machen
Im Ausla-
Deutsche
dänische
Dänema-
nisse ve-
behandel-
muf sich
auch ein-
nur Haf-
wissen, z
Im Aufhe-
der Arb-
Anzahl
die Erw-
weist die
den
Der Bev-
Gebiet
die Zahl

Belgien h-
dien“ in
sion zur
Die
Die be-
Reichsarbe-
Deutschlan-
Durchführu-
Maßnahmen
delt werde
Gold ist be-
die Reichs-
Preisfonds
Auch von
des Volkes
Voraussetz-
hat die Re-
läufiger
Der G-
teien, die
soll erreich-
schritte, du-
und durch
Entschließe
gehe“ ver-
Festhaltung
Gleichzeitig
oder ge-
beitszeit i-
Steigerung
den. Für
fähe zur
Nach diese-
and vom
wirtschaftl-
tischen Bel-
beitszeit de-
hemmtes S-
dem schwä-
Berordnung
Grundlag
woche vor-
bei Notfäll-
und S 3 be-
beritunas-